

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Belegpreis: Monatl. 4.00, 3.00, 2.00, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.02, 0.01. Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Textzeile 1.00 einseitig, 2.00 beidseitig, 10.00 3. Bei Wiederholung oder Mengenabnahme nach Vereinbarung. Erfüllungsort: Nagold. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 79

Mittwoch, den 7. April 1937.

80. Jahrgang

### Vorschrift über den Abbruch von Gebäuden

Berlin, 6. April. Im Rahmen des Vierjahresplanes ist es notwendig geworden, die staats- und wirtschaftspolitisch bedeutenden Bauvorhaben vor den übrigen besonders herauszustellen. Welcher Gruppe ein Bauvorhaben zuzurechnen ist, wird an Hand bestimmter Richtlinien nach Maßgabe der 4. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 7. November 1936 von Fall zu Fall von den Arbeitsämtern entschieden; nur wenn das zehnjährige Arbeitsamt keine Bedenken äußert, kann die Baugenehmigung erteilt werden.

Diese für die Neuerrichtung von Gebäuden geltende Regelung nimmt vom Reichsarbeitsminister durch eine entsprechende Regelung für den Abbruch von Gebäuden ergänzt worden, da vielfach die Ausführung neuer Gebäude mit der zunehmenden Beseitigung bestehender Altbauten nicht mehr Schritt halten konnte. Dies hat nicht nur hinsichtlich der Rohstoffbewirtschaftung zu Schwierigkeiten geführt, sondern durch vorzeitige Beseitigung wertvollen Wohnraums auch wohnungspolitische Schwierigkeiten hervorgerufen.

Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten schreibt die vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Beauftragten für den Vierjahresplan erlassene Verordnung für den Abbruch von Gebäuden über die Beseitigung von Gebäuden, deren umbauter Raum mehr als 500 Quadratmeter umfaßt, eine baupolizeiliche Genehmigung vor. Die Genehmigung kann von Auflagen, namentlich auch von der Errichtung von Ersatzbauten, abhängig gemacht werden. Sind Ersatzbauten beabsichtigt, so haben die zuständigen Behörden zunächst zu prüfen, ob gegen deren Errichtung aus volkswirtschaftlichen Gründen Bedenken bestehen. Sollen keine Ersatzbauten ausgeführt werden, so ist entscheidend, ob ein öffentliches Interesse an der Erhaltung der abzubrechenden Gebäude besteht. Reichs- und landesrechtliche Vorschriften, die den Abbruch von Gebäuden weitergehenden Beschränkungen unterwerfen, werden durch die Neuregelung nicht berührt.

### Reichsminister Ruft in Athen

Besuche beim griechischen Kronprinzen und bei Regierungsmitgliedern

Athen, 6. April. In Abwesenheit des augenblicklich auf einer Peloponnes-Reise weilenden König Georg II. empfing der griechische Kronprinz Paul am Dienstag mittag Reichsminister Ruft in Audienz. Dabei entwickelte sich eine sehr herzliche Unterhaltung. Zur gleichen Zeit weilte die Gattin des Ministers in Begleitung der Gräfin Rauhau bei der Prinzessin Irene von Griechenland. — Später stattete Reichserziehungsminister Ruft dem griechischen Kultusminister Georgakopoulos sowie dem Minister Kostas Besuche ab. Minister Kostas gedachte besonders seiner im vergangenen Jahre durchgeführten Deutschlandreise. Im Laufe des Vormittags hatte Reichsminister Ruft auch dem Staatssekretär des Auswärtigen Makrodakis und dem Staatssekretär für die Presseangelegenheiten Nikoladis Besuche abgestattet.

Reichsminister Ruft wird bekanntlich am 10. April die durch die Spende des Führers und Reichszanlers Adolf Hitler ermöglichte Wiederaufnahme der Ausgrabungen in Olympia durch den ersten Spatenstich feierlich einleiten. Auf einer Festkündigung anlässlich der Jahreshunderfeier der Athener Universität wird Reichsminister Ruft eine deutsche Bäckerspende überreichen, sowie an der Feier des 40jährigen Bestehens der deutschen Schule in Athen teilnehmen.

### Zehntägige Italienreise Dr. Lens

Auf Einladung der italienischen Regierung

Berlin, 6. April. Auf Einladung der italienischen Regierung und in Erwiderung des Besuchs des italienischen Arbeiterführers Präsident Tullio Cianetti tritt Reichsleiter Dr. Robert Ley am Donnerstag, den 8. April 1937, eine zehntägige Italienreise an. Der Abflug erfolgt in München, die Ankunft ist für Donnerstag nachmittags 15 Uhr in Venedig festgelegt. Hier wird der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, durch die offiziellen Vertreter der faschistischen Partei und des italienischen Staates empfangen.

Ein außerordentlich umfangreiches und vielseitiges Programm wird für die Dauer von 10 Tagen Dr. Ley Gelegenheit geben, nicht nur alle Einrichtungen der faschistischen Partei und der Confederationen erneut persönlich kennen zu lernen, sondern darüber hinaus sind auch mehrere Betriebsbesuche und damit entsprechende Fühlungnahme mit der italienischen Arbeiterschaft und mit italienischen Betriebsführern vorgesehen. Die Reise führt von Venedig über Mailand, Turin und Genua nach Rom, wo der Duce den Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront persönlich empfangen wird. Am gleichen Tage findet eine großer Regierungsempfang im Kapitol statt. Es sind ferner u. a. Empfänge bei dem Parteisekretär der faschistischen Partei Starace und bei dem Außenminister Ciano vorgesehen. Im Rahmen der Reise findet eine Arbeitsbesprechung zu der in Rom stattfindenden Konferenz „Freude und Arbeit“ statt.

## Polnischer Westverband fordert deutsche Gebiete

### Ein politischer Skandal in Graudenz — Was sagt die polnische Regierung dazu?

Graudenz, 6. April. Der polnische Westverband veranstaltete in Graudenz im Rahmen seiner Pommerellen-Woche eine Großkundgebung, an der eine Reihe von offiziellen polnischen Organisationen teilnahmen.

In den Anzügen wurden, ohne daß die polnische Polizei einschritt, Transparente mit Aufschriften getragen wie: „Graudenz soll die künftige Hauptstadt der nichtbefreiten Gebiete werden.“

Auf einem anderen Transparent las man: „Das Schloßhauer Land muß in den Schoß der Mutter zurückkehren.“

Weitere Schilder verlangten die Einverleibung Masurens, Ermlandes und des Weichsellandes in den polnischen Staat. Am Marktplatz war eine große Landkarte im Schaulager einer Buchhandlung ausgestellt, in der die nach Ansicht des polnischen Westverbandes noch zu befreienden Gebiete, die bisher zu Deutschland gehören, in roter Farbe eingekreuzt waren.

Auf der Kundgebung sprachen der Vizepräsident von Graudenz Michalowski, der Sejmabgeordnete und Präses des Westverbandes ist, und einige andere Einwohner von Graudenz. Die Kundgebung endete mit einem Hoch auf die Republik Polen, den Staatspräsidenten, auf den obersten Führer Marschall Rydz-Smigly.

In einer Resolution wird u. a. folgendes erklärt: Die Bewohner der Stadt Graudenz werden wie bisher, so auch weiter, die Macht an der Weichsel halten und die Interessen von Nation und Staat auf der pommerellischen Erde schützen. Aufrechterhalten bleibt in seinem ganzen Umfange das nicht realisierte Recht Polens auf die nichtbefreiten Gebiete. Wie nicht den Verlauf der Weichsel, so könne man auch nicht die Forderungen und Bestrebungen der polnischen Nation zur Vereinigung aller polnischen, bisher unbefreiten Länder in den Grenzen des Staates aufhalten.

„Den Landsleuten dajeszt und besonders im Ermland und Masuren senden wir Worte der Begrüßung und der Zuversicht und ermuntern sie zu dem Aushalten, wie zu

dem Augenblick, wo mit Gottes Hilfe für sie das Morgenrot der Freiheit leuchtet.“

Es werden dann noch Kampfforderungen gegen die deutsche Minderheit in Pommerellen ausgesprochen.

Dazu schreibt der „Deutsche Dienst“ u. a.:

Man darf gespannt sein, was die amtlichen polnischen Stellen zu dieser geradezu skandalösen Resolution und zu dieser Kundgebung sagen werden. Wenn in Deutschland in dieser Form in einer öffentlichen Kundgebung eines großen Verbandes unter den Augen der Regierung durch den Bürgermeister einer Stadt in dieser Form Forderungen auf große polnische Gebiete angemeldet würden und ferner entsprechende Landkarten ausgestellt und Transparente angebracht würden, wie „Wir fordern Pommerellen und ganz Polen zurück“, „Wir verlangen die Rückgabe Ostoberschlesiens“ oder „Wir grüßen die Millionen unerlöster deutscher Brüder in Polen und Pommerellen“, dann würden mit Recht die polnischen Stellen dagegen Protest erheben und das als einen sehr unfreundlichen Akt und eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens betrachten.

Das gleiche Echo muß natürlich eine derartige Kundgebung in Deutschland haben und alle jene Kreise in Polen, die guten Willens sind, werden zweifellos der deutschen Bevölkerung die Berechtigung ihrer außerordentlichen Empörung nicht abstreiten. Man darf nur hoffen, daß sie stark genug sind, auch die entsprechenden Maßnahmen gegen derartige Heher und Schreier zu veranlassen und solche Elemente wie den Vizebürgermeister von Graudenz ein für alle Mal aus der Politik zu entfernen, zumal sie dem polnischen Staat mit ihrer chauvinistischen Kundgebung keinen Dienst geleistet haben.

Man darf das umso mehr hoffen, als schon die Bezeichnung „unerlöster Gebiete“ in einer kleinen Zeitschrift oder die andeutungsweise Anführung der ehemaligen deutschen Reichsgrenzen auf einer alten Landkarte polnische Stellen bereits zu energischen Protesten in Deutschland zu veranlassen pflegen.

### „Amerikas größter Fehler“

Neujerung zum 20. Jahrestag des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg

Newport, 6. April. Anlässlich des 20. Jahrestages des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg stellt die Presse allgemein Vergleiche über die Gefühle des amerikanischen Volkes in damaliger Zeit gegenüber der heutigen Einstellung an. „Newport Post“ erwähnt in einem Leitartikel die kürzlich erfolgte Kundfrage an die Bevölkerung, ob der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten ein Fehler gewesen sei. 70 vom Hundert, also nahezu drei Viertel der Gesamtbevölkerung, hätten diese Frage mit Ja beantwortet.

Der progressive republikanische Senator Norris, der seinerzeit gegen den Eintritt in den Krieg gestimmt hat, erklärte in der Vesselsonferenz am Montag, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten am Weltkrieg der größte Fehler gewesen sei, den diese Nation jemals begangen habe. Der Schritt habe niemand etwas Gutes gebracht und noch die Kinder der jetzt lebenden Generation würden unter diesem Fehler zu leiden haben.

Der demokratische Senator Sheppard bezeichnete seine Weigerung, den Kriegsheern Gefolgschaft zu leisten, als die größte Tat seines Lebens, auf die er täglich stolzer werde.

### Abbau der internationalen Handelschranken?

Die Schuld der Vereinigten Staaten an der hochschützenden Zollpolitik

Washington, 6. April. Am Vorabend des 20. Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg erhielt Staatssekretär Hull in Newport von der Wilson-Stiftung die Woodrow-Wilson-Medaille für seine Bemühungen um Abbau der internationalen Handelschranken. In seiner Dankrede führte Hull u. a. aus, Wilson habe im Januar 1918 im Punkt 3 seiner Friedensvorschlüsse die Niederlegung dieser Handelschranken gefordert. Auf der Pariser Friedenskonferenz sei jedoch lediglich erreicht worden, daß die Sieger auf das wirtschaftliche Bündnis verzichteten, das sie sich 1916 versprochen hatten. Im übrigen aber habe der Vertrag Deutschland und dessen Verbündete wirtschaftliche Fesseln und Ungleichheit auferlegt und es habe bis 1925 gedauert, bis die wirtschaftliche Gleichberechtigung zwischen den Siegern und Besiegten wieder hergestellt wurde. Inzwischen hätten die wirtschaftlich freien Nationen alle möglichen Handelschranken errichtet und die Zentralmächte seien, sobald sie ihre Freiheit wiedererlangt hätten, in dieser Richtung gefolgt. Dann

sei 1928 von Amerika ein schwerer Schlag gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit geführt worden und die Vereinigten Staaten seien daran schuld, daß bis 1930 die Zollschranken immer höher wurden und eine Flutwelle extremer Schutzpolitik in der ganzen Welt in Gang kam. Es gebe nur einen Weg, eine Katastrophe abzuwenden, und das sei der, daß die gegeneinander rüstenden Nationen sich zu zielbewußter gemeinsamer Arbeit für die Wiederherstellung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit zusammensünden.

### Strafrechtliche Verfolgung de la Rocques

Empörung in der Pariser Rechtspresse

Paris, 6. April. Die Eröffnung einer strafrechtlichen Verfolgung gegen den Obersten de la Rocque und drei seiner ersten Mitarbeiter aus der französischen Sozialpartei bildet das innenpolitische Hauptereignis der Pariser Presse vom Dienstag. Die Beschuldigungen, gegen die sich die Leiter der Sozialpartei wehren müssen, sind: Zusammenrottungen (Prinzenpark-Kundgebung) und Wiederherstellung eines aufgelösten Kampfbundes. Als Strafen kommen sechs Monate bis zwei Jahre Gefängnis bezw. Geldstrafen von 15 bis 5000 Franc in Betracht.

Die Rechtsblätter protestieren ohne Ausnahme in scharfen Ausführungen gegen die Beschuldigungen und überschütten die Regierung mit heißendem Spott. Im „Echo de Paris“ schreibt Henry de Kerillis: Die Anklage folgt auf das von den Arbeitergewerkschaften gestellte Ultimatum. Die Regierung ist vor der Drohung der Gewerkschaften zurückgewichen und die Justiz weist nun vor der Drohung der Regierung. Eine solche Kapitulation bereite andere Kapitulationen vor. Man verlagte de la Rocque ein Bürgerrecht, nur weil er der einzige Mann ist, der sich fähig zeigte, eine große Nationalpartei aufzustellen. Die Regierung wird aber vielleicht schon morgen die unangenehme Ueberraschung erleben, daß sie nicht nur für ihre Gegner eine furchtbare Waffe schmiedete, sondern sogar die Voraussetzungen für einen französischen Faschismus schuf.

Der „Jour“ unterstreicht, daß sich über den Kopf des Kabinetts Blum hinweg ein unverantwortliches, aber allmächtiges „Ministerium der Massen“ gebildet hat. Bei Licht gesehen ist es Moskau, das kommandiert. Der „Figaro“ stellt fest, daß die Regierung selbst kaum glauben könne, durch ihre Maßnahmen und händigen Kapitulationen zum Bürgerfrieden beizutragen. Die „Action Française“ ist ebenfalls überzeugt, daß die Strafverfolgung der Sozialpartei vor allem auf das Ultimatum der Gewerkschaften zurückzuführen ist.







Die Länderhaushalte werden durch das Reich einheitlich überwacht

Das Deutschlands ewiges Leben gesichert wird, brauchen wir ein Volk aus einem Guß, ein Reich aus einem Guß.

Alle Reformen auf sämtlichen Gebieten des Verwaltungswesens der Gemeinden, der Länder und des Reiches sind aus diesem Willen geboren, zu diesem Ziele geschaffen, sind Pfeiler des wachsenden Monumentalbaues der vollkommenen Reichseinheit.

Einer dieser Pfeiler gründet auf dem Reichsgesetz vom 17. Juni 1936 über die Haushaltsführung, Rechnungsablegung und Rechnungsprüfung der Länder.

Die Bildung von Außenabteilungen des Rechnungshofes beruht auf dem Reichsgesetz vom 17. Juni 1936 über die Haushaltsführung, Rechnungsablegung und Rechnungsprüfung der Länder.

Im gleichen Sinne wie jetzt in München werden am 9. April der Festakt zur Eröffnung der Außenabteilung des Rechnungshofes in Leipzig, am 22. der zur Eröffnung der Außenabteilung in Hamburg und am 24. der zur Eröffnung der Außenabteilung in Karlsruhe vor sich gehen.

Ministerpräsident Ludwig Siebert gab einen Rückblick auf die Entwicklung des Bayerischen Obersten Rechnungshofes. Der Präsident des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Saemisch betonte: Der grundlegende Gedanke dieser Entwicklung sei die Zusammenfassung der gesamten Staatshoheit beim Reich.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Vier Arbeiter zu den Krönungsfeierlichkeiten eingeladen. Die Einladungen zur Teilnahme an den englischen Krönungsfeierlichkeiten sind nunmehr gedruckt worden.

Kleinkinderschule Altensteig.

Die Neuaufnahme von Kindern welche das 3. Lebensjahr zurückgelegt haben, findet am Freitag, den 9. April 1937 von 8 Uhr an statt.

Soeben ist erschienen:

Das Deutschland Adolf Hitlers

Die ersten vier Jahre des Dritten Reiches. Sonderheft des Illust. Beobachter. Preis M. 1.50.

Zu haben in der Buchhandlung Lauk, Altensteig

Alles zur Autopflege erhalten Sie im Fachgeschäft Paul Schaupp Autoreparaturwerkstätte, Altensteig

Gerichtssaal

Strafanträge im Lichtenberger Rotfront-Mordprozeß Berlin, 6. April. In dem Mordprozeß vor dem Berliner Schwurgericht gegen die 14 Kommunisten, die an dem folgten Feuerüberfall auf ein neu eröffnetes SA-Verkehrstotal in Berlin-Lichtenberg am 12. Mai 1932 beteiligt waren, stellte der Staatsanwalt nach siebenwöchiger Verhandlung die Strafanträge.

Das verbrecherische Treiben eines Judenklüngels vor dem Sondergericht in Hamburg Hamburg, 6. April. Am Dienstag begann vor der Kammer I des hanseatischen Sondergerichts der Prozeß gegen die Mittäter und Helfershelfer des inwischen durch Selbstmord geendeten Juden Max Nathan, dessen riefge Devisenverbrechen im letzten Jahre großes Aufsehen erregten.

Der Gegenwert der in der Villa des Juden Nathan versteckten Devisen betrug nicht weniger als rund 100 000 RM. Wie raffiniert der Verbrecher vorging, ergibt sich aus der Tatsache, daß man u. a. in dem Geheimfach eines Kleiderchranks den Schlüssel zu dem Safe einer Bank in Kopenhagen fand.

Kathar, der sich zu seinen Lebzeiten in der hinlänglich bekannten Manier jüdischer Betrüger stets mit der Maske eines schlichten und zurückhaltenden Bürgers tarnte, beschäftigte sich in Wirklichkeit mit riesigen Grundstückspekulationen und schaffte in großem Stil mit Möbeln, Sprechautomaten und Autos.

Urteil des Sondergerichts im Fall Nathan Hamburg, 6. April. Bereits am Dienstag nachmittag verkündete das hanseatische Sondergericht in dem Prozeß gegen die Mittäter und Helfershelfer des jüdischen Devisenschiebers Nathan folgenden Urteilspruch: Der angeklagte Sohn des Nathan, Wilhelm Sander, wird zu sechs Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, zehn Jahren Ehrenrechtsverlust und 150 000 RM Geldstrafe, ersatzweise einem weiteren Jahr Zuchthaus verurteilt.

Die Eina Nathan erhielt wegen Beihilfe drei Monate Gefängnis, 600 RM Geldstrafe oder drei weitere Wochen Gefängnis. Die Eina Wilhelm, die mit Sander bis zum Juli 1936 rassenfeindliche Beziehungen unterhalten hatte, wurde wegen Beihilfe zu einem Jahr Zuchthaus und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Parteiämter mit betreuten Organisationen

Deutsche Arbeitsfront NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ Die Württ. Landesbühne spielt am Mittwoch, 14. 4. 1937, das letzte Mal von den Legernsee-ern angeführte Stück „Der Clapham-Penhouse“.

SA., SAR., SAl., SS., NSKK., RAD.

Deute 20.00 Uhr Turnhalle (Zoll). Heute alle alten SA-Ausweise abgeben, sowie ein Lichtbild für neuen Ausweis.

Hitler-Jugend, Osterdamm 111/126

Unsere nächste Unterbannführungsvergantung findet am 24./25. ds. Mts. in Altensteig statt.

SA-Sanitätskurs Mittwochsabend 8 Uhr Sanitätskurs in Ebhausen. (Simmersfeld, Beuren, Eimannsweiler, Fänsbronn) Diese Woche kein Heimnachtsitag. Die Gruppenführer in. Wädelgruppe 25

Letzte Nachrichten

Gesandter v. Madatsen mit dem Ungarischen Verdienstkreuz ausgezeichnet

Budapest, 6. April. Der Reichsverweser Admiral von Gortch hat dem auf den Posten des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt berufenen bisherigen Budapester deutschen Gesandten von Madatsen zum Abschied das Ungarische Verdienstkreuz I. Klasse verliehen.

London laßt: „Sichretende“ Untergrundbahn-Fahrgäste

London, 6. April. In London wird ein Vorfall auf der Untergrundbahn viel beachtet. Dort scheinen sogar schon die Fahrgäste vom Streikfeber erfaßt zu sein.

Der polnische Kriegerverband fordert Einführung des Arierparagrafen

Warschau, 6. April. Auf der Generalversammlung des Kriegerverbandes des großpolnischen Bezirks, an der auch Vertreter aus Pommerellen, Schlesien, Plesze, Lodz und Warschau teilnahmen, wurde beschlossen, auf der bevorstehenden gesamt-polnischen Kriegertagung die Einführung des Arierparagrafen für den Verband zu fordern.

Fahrräder kaufen Sie preiswert bei Carl Ackermann sr., Altensteig

Von der Ruhr und von der Saar kauft man die besten Kohlen nur von August Schaal

Für den Schulanfang Schulbücher für Volks-, Real- u. Latinschulen Schreib- und Zeichen-Materialien die in sämtlichen Schulen der Stadt und des Landes eingeführt sind, empfiehlt bestens die Buchhandlung Lauk, Altensteig

Zirkus Arone Fohream Sonntag, 11. April nach Stuttgart, 9 Uhr 10 U. Anmeldung bis Freitag abend Auf Wunsch Kartenbestellung. S. 111, Telefon 221. Zwei möblierte

Zimmer zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Bücher, die in Zeitungen und Zeitschriften empfohlen werden, sind zu beziehen durch die

Buchhandlung Lauk Altensteig. Gemüß- u. Blumen-Samen „Sternmarke“ seit 40 Jahren hier eingeführt Gartengeräte Gartenhauen Gartenhäule Gartenrechen Gartenspaten Schaufeln Reuthauen Dunghaken Kleingartengeräte „Wolf“ Gartengeräte: Kultivatoren Ziehhacken etc. etc. Kindergartengeräte Gießkannen Gartenschläuche Hähnen u. Zubehör hält bestens empfohlen Karl Henssler sen. Buchhandlung beim Postamt